

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er den Gemeinderatsmitgliedern, Herrn Manuel Prieler sowie Herrn Johann Zehetmair nachträglich zum Geburtstag.

Vom Vorsitzenden wird mitgeteilt, dass seitens des Gemeinderats kein Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben wurde.

Herr Ilmberger verlässt den
Sitzungssaal um 19.34 Uhr und
kehrt um 19.36 Uhr zurück.

780

18

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.04.2012, Nr. G733, G734, G736 und G753, werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

781 18 Beschluss: 18:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.05.2012, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014:

a) Änderungsvorschläge des Landratsamtes München

b) Weitere Stellvertreter in den Ausschüssen

c) Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

d) Eingabe und Beschwerde des Herrn Stubenrauch

a) Änderungsvorschläge des Landratsamtes München

Mit Beschluss vom 08.05.2008, Nr. 14, hat sich der Gemeinderat die aktuelle Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 gegeben. Diese trat mit Wirkung vom 09.05.2008 in Kraft und wurde zuletzt am 01.03.2009 (Beschluss des Gemeinderats vom 12.02.2009, Nr. 175) geändert.

Eine Überprüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Landratsamt hat folgende Anregungen ergeben.

Zu § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung:

Die Verweisung im zweiten Halbsatz auf § 7 Abs. 3 Nr. 3 ist zu streichen, da die Regelung in der Gemeindlichen Geschäftsordnung nicht existiert.

- Die Verweisung bezieht sich auf einen Werkausschuss, den es in Unterföhring nicht gibt.

Zu § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung:

Die Verweisung auf §§ 11 bis 15 ist abzuändern in §§ 9 bis 13.

- Hier wurde fälschlicherweise die Angabe aus der Mustersatzung übernommen. Die §§ habe sich in der angepassten Geschäftsordnung des Gemeinderats verschoben.

Zu § 10 Abs. 2 Nr. 4 der Geschäftsordnung:

Hier muss zusätzlich zur Verweisung auf § 2 auch auf § 7 verwiesen werden.

- Auch hier wurde fälschlicherweise die Angabe aus der Mustersatzung übernommen.

Zu § 29 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung:

Das Ende der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung darf nicht durch den Gemeinderat festgelegt werden (fehlende Entscheidungskompetenz des Gemeinderats). Auch in der Mustersatzung gibt es eine solche Regelung nicht. Diese wurde aus früheren Geschäftsordnungen des Gemeinderats übernommen.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Der Wortlaut sollte hier wie folgt geändert werden: "Der letzte öffentliche bzw. nichtöffentliche Tagesordnungspunkt soll nicht nach 22.00 Uhr bzw. 22.30 Uhr aufgerufen werden."

782 18 Beschluss: 18:0

Der Gemeinderat beschließt, mit Wirkung vom 01.07.2012, die Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014 wie folgt zu ändern:

Zu § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung:

Die Verweisung im zweiten Halbsatz auf § 7 Abs. 3 Nr. 3 wird gestrichen.

Zu § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung:

Die Verweisung auf §§ 11 bis 15 ist abzuändern in §§ 9 bis 13.

Zu § 10 Abs. 2 Nr. 4 der Geschäftsordnung:

Es wird auf die §§ 2 und 7 verwiesen.

§ 29 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung werden gestrichen. Zukünftig soll Abs. 2 wie folgt lauten: "Der letzte öffentliche bzw. nichtöffentliche Tagesordnungspunkt soll nicht nach 22.00 Uhr bzw. 22.30 Uhr aufgerufen werden."

Die Verwaltung wird beauftragt die Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 dahingehend zu ändern.

Az.:

0.1; 2.1; 3.1; 4.1

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014;

a) Änderungsvorschläge des Landratsamtes München

b) Weitere Stellvertreter in den Ausschüssen

c) Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

d) Eingabe und Beschwerde des Herrn Stubenrauch

b) Weitere Stellvertreter in den Ausschüssen

Mit Beschluss vom 08.05.2008, Nr. 14, hat sich der Gemeinderat die aktuelle Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 gegeben. Diese trat mit Wirkung vom 09.05.2008 in Kraft und wurde zuletzt am 01.03.2009 (Beschluss des Gemeinderats vom 12.02.2009, Nr. 175) geändert.

In der Anlage zur Geschäftsordnung ist, gemäß § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung, je Ausschussmitglied ein Stellvertreter namentlich genannt.

Aus gegebenem Anlass sollen nunmehr jeweils zwei Vertreter namentlich genannt werden. Diesbezüglich soll der bisherige § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie folgt geändert werden:

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

“(2) Für jedes Ausschussmitglied werden für den Fall seiner Verhinderung zwei Stellvertreter namentlich bestellt.“

783 18 Beschluss: 18:0

Der Gemeinderat beschließt, mit Wirkung vom 01.07.2012, die Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014 bei § 5 Abs. 2 den Wortlaut wie folgt zu ändern: “(2) Für jedes Ausschussmitglied werden für den Fall seiner Verhinderung zwei Stellvertreter namentlich bestellt.“ Die Verwaltung wird beauftragt die Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 dahingehend redaktionell zu ändern (sobald die namentlich benannten Stellvertreter der Fraktionen vorliegen).

Az.:
0.1; 2.1; 3.1; 4.1

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014;

a) Änderungsvorschläge des Landratsamtes München

b) Weitere Stellvertreter in den Ausschüssen

c) Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

d) Eingabe und Beschwerde des Herrn Stubenrauch

c) Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014; Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Mit Beschluss vom 08.05.2008, Nr. 14, hat sich der Gemeinderat die aktuelle Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 gegeben. Diese trat mit Wirkung vom 09.05.2008 in Kraft und wurde zuletzt am 01.03.2009 (Beschluss des Gemeinderats vom 12.02.2009, Nr. 175) geändert.

Mit Email vom 24.01.2012 wurde durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Antrag gestellt, § 3 Abs. 5 der aktuellen Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014

(bisheriger Wortlaut: (5) Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Abs. 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. Zur Vorbereitung von Tagesordnungspunkten der nächsten Sitzung erhält jedes Gemeinderatsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. Im Übrigen haben Gemeinderatsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Gemeinderat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

geltend zu machen.)

wie folgt zu ändern:

(5) Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Abs. 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. Im Übrigen haben Gemeinderatsmitglieder ein uneingeschränktes Recht auf Akteneinsicht, wenn weder ein öffentliches noch ein von der Rechtsordnung geschütztes privates Interesse an der Geheimhaltung des Akteninhalts besteht. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.

784 18 Beschluss: 6:12

Der Gemeinderat beschließt, mit Wirkung vom 01.07.2012, die Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014 bei § 3 Abs. 5 den Wortlaut wie folgt zu ändern: „(5) Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Abs. 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. Im Übrigen haben Gemeinderatsmitglieder ein uneingeschränktes Recht auf Akteneinsicht, wenn weder ein öffentliches noch ein von der Rechtsordnung geschütztes privates Interesse an der Geheimhaltung des Akteninhalts besteht. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.“

Az.:
0.1; 2.1; 3.1; 4.1

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014;

a) Änderungsvorschläge des Landratsamtes München

b) Weitere Stellvertreter in den Ausschüssen

c) Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

d) Eingabe und Beschwerde des Herrn Stubenrauch

785 18 **d) Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2008 – 2014; Eingabe und Beschwerde des Herrn Stubenrauch**

Mit Email vom 24.01.2012 wurde durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Antrag gestellt, § 3 Abs. 5 der aktuellen Geschäftsordnung des Gemeinderats 2008 – 2014 zu ändern.

Der Eingang wurde am 27.01.2012 mit dem Hinweis bestätigt, dass der Antrag in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

In der Sitzung des Gemeinderats am 10.05.2012 wurde durch Frau Keil erläutert, dass aus persönlichen bzw. gesundheitlichen Gründen der Tagesordnungspunkt leider nicht mehr aufgenommen werden konnte,

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wodurch die 3-Monats Frist gemäß Geschäftsordnung überschritten wurde. Des Weiteren wurde mitgeteilt, den Punkt in der heutigen Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Am 25.05.2012 sendete das Mitglied des Gemeinderats, Herr Mecke, namens des Ortsverbandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN per Email eine Anfrage bezüglich der Einhaltung der Geschäftsordnung des Gemeinderates an die Rechtsaufsichtsbehörde im Landratsamt München.

Mit Email vom 30.05.2012 (Bestätigung des Eingangs 04.06.2012) erhob dann Herr Stubenrauch eine Eingabe und eine Beschwerde gegenüber dem Ersten Bürgermeister. Eine Kopie dieser Email ging zeitgleich an Herrn Gemeinderatsmitglied Mecke sowie an Herrn Weber von der Rechtsaufsichtsbehörde beim Landratsamt München.

Unklar ist, ob überhaupt eine Beschwer des Gemeindebürgers vorliegt, da es sich bei der Geschäftsordnung des Gemeinderats um ein Internum handelt. Eine Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde liegt noch nicht vor.

Sobald eine Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes München ergangen ist, wird diese dem Gemeinderat vorgelegt.

Az.:
0.1; 2.1; 3.1; 4.1

Antrag der PWU-Fraktion zur künftigen Nutzung des Grundstücks und Gebäudes der Gaststätte „Zum Gockl“

Der Bürgermeister erläutert kurz den aktuellen Sachstand (Seniorenkonzept, Nachbarschaftshilfe) und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 09.02.2012, Nrn. 737 und 738 mit folgender Beschlusslage in Erinnerung;

Vorschlag des Ersten Bürgermeisters zu der Ziffer 1:

Beschluss: 11 : 10

Zur weiteren Verwendung des Gebäudes und der Gebäudeteile des mittlerweile gemeindeeigenen Anwesens Münchner Straße 73, Fl.Nr. 83/0 (ehem. Gasthof „Zum Gockl“ mit Ladengeschäft/Metzgerei) sollen folgende Nutzungen vorgesehen werden:

1. Im ehemaligen Gasthofbereich im Erdgeschoß soll der Hauptsitz der Nachbarschaftshilfe Unterföhring (NBH) untergebracht werden. Nach Möglichkeit sind unter Einbeziehung wesentlicher Teile des Untergeschosses auch die Bereiche „Projekt Mahlzeit“ und „Projekt Kleiderbügel“ zu integrieren. Besonders muss im Erdgeschoß auf die Unterbringung von Tagesbetreuungsplätzen geachtet werden, bei gleichzeitiger Einbeziehung des gefällig eingefriedeten Gartenbereichs auf der Südseite des Grundstücks.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister wird zur kurzfristigen Aufnahme der Gespräche mit der Nachbarschaftshilfe beauftragt.

Vorschläge des Ersten Bürgermeisters zu den Ziffern 2 bis 5:

Beschluss: 20 : 1

2. Im ehemaligen Ladengeschäft mit den Nebenräumen (Kühlung usw.) soll wieder ein Ladengeschäft (vorzugsweise Ladengeschäft für Fleisch- und Wurstwaren sowie mit Imbiss) vorgesehen werden.

3. In den Stockwerken eins, zwei und im Dachgeschoss sollen ausschließlich schwellenfreie Wohnungen mit 1 ½ bis 3 Zimmern vorgesehen werden. Diese zentralen Wohnungen können Senioren, jungen Menschen und Beschäftigten der Pflege- und Betreuungseinrichtungen in Unterföhring angeboten werden. Die bestehende Aufzugsanlage ist den neuesten Belangen anzupassen.

4. Aus wirtschaftlichen Gründen soll auch der Ausbau des Dachgeschosses mit Wohnungen und gleichzeitigem Einbau von Dachgaupen geplant werden.

5. Die Verwaltung und die Planer werden beauftragt, ein modernes Energie- und Stellplatzkonzept zu entwickeln.

Der Antrag der PWU-Fraktion vom 20.02.2012 zur künftigen Nutzung des

Grundstücks und Gebäudes der Gaststätte „Zum Gockl“ wurde an die Gemeinderatsmitglieder weitergeleitet und in der heutigen Sitzung verlesen.

786 18 Beschluss: 7:11

Grundsätzlich ist auf dem Areal Grundstück Fl.Nr. 83/0 an der Münchner Straße 73 mit Gebäude (EG, UG) auch künftig als Traditionswirtschaft mit Biergarten und Metzgerei weiterzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür ein entsprechendes Konzept, zusammen mit einer geeigneten Brauerei, zu erarbeiten und auch die notwendigen Umbaukosten grob zu ermitteln und dann dem Gemeinderat zeitnah zu präsentieren. Etwaige Planungs- und Gutachterkosten sind, soweit nicht schon am 09.02.2012 bereits vom Gemeinderat beschlossen, noch entsprechend im Haushalt einzuplanen.

Az.: 631/33
3.4; 3.1; 2.0, 0

Herr Kemmelmeier verlässt den Sitzungssaal um 20.36 Uhr und kehrt um 20.38 Uhr zurück.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bau eines weiteren Gymnasiums im Norden des Landkreises; kurzer Sachstandsbericht

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Stand zum Bau eines neuen Gymnasiums im Norden des Landkreises München und bringt die bisherige Sach- und Beschlusslage in Erinnerung.

- 09.10.2008; Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Schulbedarfsplans für weiterführende Schulen (Gymnasium) für den nordöstlichen Landkreis erstellt wird sowie dass die Gemeinde Unterföhring als Standort für ein neues Gymnasium zur Verfügung steht.
- 13.11.2008, Nr. 122; Beschluss des Gemeinderates, dass die Gemeinde Unterföhring auf jeden Fall als Gymnasiumsstandort bereit steht und in Sachen Grundstück als auch in Bezug auf die Fortführung des Zweckverbandes mit dann zwei Gymnasien entsprechende Verhandlungen mit dem Freistaat und dem Landratsamt sowie der anderen Zweckverbandsmitglieder aufnimmt.
- 09.12.2010, Nr. 535; Der Gemeinderat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass ein Gymnasium in Unterföhring realisiert werden soll. Die Gemeinde Unterföhring bietet an, eine Zweckvereinbarung alleine mit dem Landkreis München abzuschließen. Die Realisierung soll auf den Grundstücken (ca. 50.000m²) nördlich der Mitterfeldallee, südlich des Heinrich-Hildebrand-Weges und unmittelbar östlich der S-Bahnlinie (Fl.Nrn. 217 und 218) vorgenommen werden. Der Neubau des

Garchinger Gymnasiums darf sich unter keinen Umständen verzögern. Die Gemeinde Unterföhring steht auch für die notwendige Errichtung der Containerlösung für das Garchinger Gymnasium als Ausweichmöglichkeit während der Bauphase, damit keine Gefährdung des Standortes Garching auftritt.

- Mit Schreiben vom 17.12.2010 wurde ein entsprechender Antrag der Gemeinde Unterföhring auf Festsetzung als künftiger Gymnasialstandort erneut an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gerichtet.
- 13.01.2011, Nr. 546; Die Mitglieder des Gemeinderats sprechen sich dafür aus, dass der Beschluss des Gemeinderats am 09.12.2010 Nr. 535 dahingehend ergänzt wird, dass sich das Gremium auch dafür ausspricht, dass bei einem Gymnasialstandort selbstverständlich die Sachaufwandsträgerschaft von der Gemeinde Unterföhring ebenfalls übernommen wird.

Die Gemeinde Unterföhring kann ein rund 50.000 m² großes unbebautes Grundstück in nächstmöglicher Entfernung zum S-Bahnhof als Standort für ein Gymnasium zur Verfügung stellen.

Die Landeshauptstadt München hatte zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie ein Gymnasium in Unterföhring nicht mitfinanzieren wird. Die Münchner Schüler

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sind unabhängig davon in die Bedarfsplanung eingebunden. Münchens Dritter Bürgermeister Hepp Monazeder hatte der Gemeinde mitgeteilt, dass für die Landeshauptstadt München keine Möglichkeit besteht, sich einem Zweckverband anzuschließen. Weiter führte die Stadt München aus, dass sie in einem Gymnasium der Nachbarkommune auch keine Konkurrenz sehe und es sogar begrüßt, wenn in Unterföhring ein Gymnasium auf Grund des starken Zuzugs realisiert werden würde.

Obwohl das Ministerium vom Kreistag eine Entscheidung forderte, beantragte die CSU-Fraktion das Gegenteil: Beide Standorte sollten dem Ministerium vorgeschlagen und dann der aussichtsreichste Standort weiter verfolgt werden.

Aus Sicht der Gemeinde überwiegen die Vorteile des Standortes Unterföhring für ein Gymnasium eindeutig. Zum Einen verfügt die Gemeinde Unterföhring über ein ausreichend großes Grundstück (rund 50.000 qm) in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof. Zum Anderen liegt Unterföhring im zentralen Mittelpunkt zu den Nachbargemeinden Ismaning, Aschheim und der Landeshauptstadt München und kann dadurch kurze Schulwegezeiten für die Schüler und Lehrkörper anbieten.

Die sogenannte Bedrohung des Standortes Garching ist bei Unterföhring deutlich geringer als bei Ismaning. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Gemeinde Unterföhring eine Zweckvereinbarung gemeinsam mit dem Landkreis München abschließt. Der Erste Bürgermeister erläutert in den Grundzügen den Unterschied zwischen einem Zweckverband und einer Zweckvereinbarung.

787

18

Beschluss: 18:0

Der Gemeinderat bekräftigt seinen Willen auch weiterhin uneingeschränkt und nachdrücklich mit den Flächen zwischen der Mitterfeldallee und dem Heinrich-Hildebrand-Weg den Standort für ein frühestmögliches Gymnasium bereit zu stellen.

Gleichzeitig wird daran festgehalten, dass die Sachaufwandsträgerschaft (inkl. Grundstücksbereitstellung) sowohl im Wege eines Zweckverbandes als auch einer Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis München und der Gemeinde Unterföhring selbst erfolgen kann.

Az.:

0.1; 1.1; 2.1; 3.1; 4.1

Herr Post verlässt den
Sitzungssaal um 20.42 Uhr und
kehrt nicht mehr zurück.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Satzungsrecht der Gemeinde Unterföhring;

a) Satzung über die Benutzung der Gemeindebibliothek; Neuerlass

b) Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek; Änderungssatzung

a) Satzung über die Benutzung der Gemeindebibliothek; Neuerlass

Das Landratsamt München hat am 30.11.2011 einen rechtsaufsichtlichen Besuch bei der Gemeindeverwaltung durchgeführt. Hierbei wurden die Ergebnisse besprochen, die im Zuge einer kommunalrechtlichen Überprüfung festgestellt wurden. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat festgestellt, dass die in § 4 der Satzung getroffene Regelung, die Entleiher, die gegen die Satzung verstoßen, von der Benutzung auszuschließen. Eine konkrete Auflistung der Verstöße hat hier gefehlt.

Des Weiteren ist die bisherige Bücherei umgezogen und wurde zu einer Bibliothek.

Die Vorschläge der Landesfachstelle wurden berücksichtigt.

Der Entwurf der Satzung vom 06.06.2012 sowie die bisherige Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei wurden den Mitgliedern des Gemeinderates vorgelegt.

788 17 Beschluss: 17:0

Der Gemeinderat erlässt die Satzung über die Benutzung der

Gemeindebibliothek in der Fassung des Entwurfes vom 06.06.2012.

- siehe Anlage -

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Az.:
0.1; 4.1

Satzungsrecht der Gemeinde Unterföhring;

a) Satzung über die Benutzung der Gemeindebibliothek; Neuerlass

b) Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek; Änderungssatzung

b) Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek; Änderungssatzung

Das Landratsamt München hat am 30.11.2011 einen rechtsaufsichtlichen Besuch bei der Gemeindeverwaltung durchgeführt. Hierbei wurden die Ergebnisse besprochen, die im Zuge einer kommunalrechtlichen Überprüfung festgestellt wurden.

Folgende Änderungen wurden angeregt:

- Änderung des Namens
- Änderung und Erweiterung der Gebühren

Des Weiteren ist die bisherige Bücherei umgezogen und wurde zu einer Bibliothek. Der Name der Satzung wird dahingehend redaktionell geändert. Die Vorschläge der Landesfachstelle wurden berücksichtigt. Des Weiteren wurden zusätzliche Gebühren mit eingearbeitet.

Der Entwurf der Satzung vom 06.06.2012 wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt.

789 17 Beschluss: 17:0

Der Gemeinderat erlässt die Änderungssatzung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek in der Fassung des Entwurfes vom 06.06.2012.

- siehe Anlage -

Az.:
0.1; 4.1; 2.1

Herr Mecke verlässt den
Sitzungssaal um 20.44 Uhr.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bebauungsplanentwurf Nr. 71a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Aufstellungsbeschluss

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 14.04.2011, Nr. 592, in dem dem Antrag der SPD-Fraktion *und der Anregung der PWU-Fraktion* zur Errichtung von zwei Gebäuden für den Mietwohnungsbau im Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße (Zeile 10 und 15) zugestimmt wurde.

Weiter erläutert der Bürgermeister die bestehende Parkplatzproblematik im Einheimischen-Modell, die sich durch die Errichtung der Reihenhäuser in Zeile 6 und 9 weiter verstärkt.

Im Rahmen dessen wurde es gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 08.03.2012, Nr. G714, als sinnvoll erachtet die Stellplätze für den Geschosswohnungsbau (Zeile 10 und 15) unterirdisch in je einer Tiefgarage nachzuweisen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Bauraum für eine Tiefgarage in Zeile 18 (Geschosswohnungsbau) vorsorglich eingeplant werden könnte.

Auf Grund der Interimskinderkrippe am Römerweg können teilweise die erforderlichen Stellplätze der Zeile 6 nicht hergestellt werden. Demnach sind sechs Stellplätze in der im Bebauungsplan festgesetzten südöstlichen Grünfläche an der Aschheimer Straße Ecke Römerweg vorgesehen.

Diese Planungen machen die Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 71/02, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, erforderlich. Dieser Bebauungsplan wurde von der Planungsgemeinschaft Zwischenräume, München, ausgearbeitet (Wettbewerbsverfahren).

Die Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses erklären sich damit einverstanden, dass die Behandlung des Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung ohne Vorbehandlung in der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusssitzung erfolgt ist.

In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister auf den Antrag (samt Unterschriftenliste) von Herrn Günter Peischl vom 22.04.2012 zur Errichtung von zusätzlichen Stellplätzen entlang des Keltenwegs und den Antrag der Eigentümer der Zeile 6 vom 16.05.2012 zur Zulassung von Sichtschutz- und Überdachungsanlagen mit einer Tiefe von > 2,50m hin.

790 16 Beschluss: 16:0

Für den Bebauungsplan Nr. 71/02 ist ein Änderungsbebauungsplanverfahren gemäß §§ 2 i. V. m. 30 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und durchzuführen. Mit dem Bebauungsplanänderungsverfahren wird die Planungsgemeinschaft Zwischenräume, München, beauftragt. Darüber

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

hinaus ist im Bauraum der Zeile 18 eine Tiefgarage vorzusehen.

Az.: 610/10
3.1; 2

Herr Mecke kehrt um 20.46 Uhr in
den Sitzungssaal zurück.

Vorhabenbezogener Bebauungsplanentwurf Nr. 40c/12 zur Änderung des Bebauungsplanes für eine Teilfläche südlich der Bahnhofstraße (Medienallee), östlich der Dieselstraße und westlich des Etzweges; Aufstellungsbeschluss

Der Bürgermeister erläutert dem Gremium den aktuellen Sachstand zum Bauvorhaben Allianz Campus in Unterföhring und bringt die Beschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.07.2011, Nr. G220, und vom 22.05.2012, Nr. 525, in Erinnerung.

Für das Grundstück Fl.Nr. 244 (18.684m²), das im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 40/86, für eine Teilfläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Dieselstraße und westlich des Etzwegs. Der Bebauungsplan setzt unter anderem eine GFZ von 1,5, vier Geschosse und eine Wandhöhe von 14,0 m fest.

Das Schreiben der Allianz Deutschland AG vom 20.07.2011 in dem die Begründung für die erforderlichen Befreiungen erklärt werden, wird bekannt gegeben. Es ist beabsichtigt in diesem Neubau rund 1.500 Mitarbeiter zu beschäftigen.

Von der Allianz Deutschland AG wird für die Errichtung eines Büro-Campus eine GFZ von ca. 1,69, eine Wandhöhe von rund 18,0 m, fünf Vollgeschosse, Tiefhöfe im Inneren des Gebäudekomplexes für den Casino und Konferenzbereich (keine Büronutzungen) und eine Verbindung über der Dieselstraße zur HVU sowie eine Ausfädelspur im öffentlichen Straßenraum geplant. Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.07.2011, Nr. G220, wurde den Befreiungen zugestimmt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass diesbezüglich ein Abstimmungstermin zwischen der Gemeinde Unterföhring und dem Architekturbüro Goergens und Miklautz, München, sowie dem Landratsamt München stattgefunden hat und für das Bauvorhaben eine Bebauungsplanänderung notwendig ist.

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Allianz Deutschland AG vom 13.06.2012 zur Einleitung eines Änderungsbebauungsplanverfahrens bekannt.

Das Landratsamt München empfiehlt unter Berücksichtigung der Sachlage

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach §§ 11 und 12 BauGB im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB (d. h. frühzeitige Auslegung entfällt) zu ändern.

Die Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses erklären sich damit einverstanden, dass die Behandlung des Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung ohne Vorbehandlung in der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusssitzung erfolgt ist.

Die weiteren Verfahrensschritte gemäß BauGB (Billigung, Auslegung, Abwägung) sind entsprechend der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2008-2014 vorzunehmen.

791 17 Beschluss: 17:0

Für den Bebauungsplan Nr. 40/86, *für eine Teilfläche ehemals südlich der Bahnhofstraße, jetzt südlich der Medienallee, östlich der Dieselstraße und westlich des Etzwegs*, ist eine vorhabenbezogene Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans gemäß §§ 2 i. V. m. 30 und § 12 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB einzuleiten und durchzuführen. Für die Umgriffserweiterung im Zuge der Gebäudeverbindung (Brücke über die Dieselstraße) wird der Aufstellungsbeschluss ergänzt.

Mit dem Bebauungsplanänderungsverfahren ist das Architekturbüro Goergens und Miklautz, München, zu beauftragen.

Az.: 610
3.1; 2

Herr Rott verlässt den
Sitzungssaal um 20.48 Uhr und
kehrt um 20.53 Uhr zurück.
Herr Ilmberger verlässt den
Sitzungssaal um 20.49 Uhr und
kehrt um 20.51 Uhr zurück.

792 17 **Geothermieprojekt Unterföhring; Sachstandsbericht**

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand zum Geothermieprojekt Unterföhring und weist darauf hin, dass in der Gemeinderatsvorunterrichtung am 18.06.2012 durch Herrn Lohr (GF der Geovol Unterföhring GmbH) ein aktueller Status sowie die geplante Weiterentwicklung vorgestellt wurde. Unter anderem wurde auf folgende Punkte eingegangen:

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Seismik-Untersuchungen in Unterföhring:

Sogenannte Vibro-Fahrzeuge sind seit Anfang Juni im Einsatz, die für die GEOVOL Unterföhring GmbH erneut seismische Untersuchungen durchführen. Aufgrund der großen Akzeptanz von Geothermie in Unterföhring und der guten Auslastung wird eine Verdoppelung der geothermischen Leistung anvisiert, was bisher einmalig ist in Deutschland. Laut einer Studie verfügt das Erlaubnisfeld Feringeo über ausreichende Kapazitäten für mindestens eine weitere Dublette (Förder- und Reinjektionsbohrung). Um möglichst exakt die Bohrzielpunkte für optimale Schüttung und Temperatur zu erkunden, ist im Vorfeld eine neue 2D-Seismik zur Untersuchung der tieferliegenden Schichten nötig, wie sie bereits 2006 durchgeführt wurde. Zu Beginn markieren die Vermesser die drei vorgesehenen Messlinien mit Holzpflocken. Eine Linie verläuft von West nach Ost, also von der Medienallee über den Unteren Aschheimer Weg südlich des Feringasees entlang bis zur M3. Die beiden anderen Linien erstrecken sich in Nord-Süd-Richtung. Anschließend werden die Geophone ausgelegt. Diese hochsensiblen Sensoren sind mit Kabeln verbunden und nehmen die Reflexionen der Schallwellen auf. Danach rücken für zirka drei Tage die großen weißen Vibro-Fahrzeuge an. Sie senden die Schallwellen in die Tiefe, die je nach Gesteinsschicht unterschiedlich reflektiert und von den Geophonen erfasst werden. Die ausgesandten Schallwellen sind für Menschen und Tiere kaum wahrnehmbar und ungefährlich.

Fernwärmenetz:

Fünfter (und letzter) Bauabschnitt befindet sich derzeit in Arbeit
Es wurden rund 20 Trassenkilometer gebaut
Es bestehen über 300 Hausanschlüsse (FW-Stationen befinden sich im Eigentum der Geovol)

Investitionen:

Bohrungen/Verrohrung:	EUR 12.500.000
Grund/Gebäude/Technik:	EUR 10.500.000
Fernwärmenetz (5 BA):	EUR 14.500.000

Gesamtinvestitionen Sachanlage	EUR 37.500.000
--------------------------------	----------------

Aktuelle Baumaßnahmen zum Ausbau des Fernwärmenetzes:

Münchner Straße (im Bereich zwischen Bauhof und Aschheimer Straße.
Dauer voraussichtlich bis Ende Juli 2012.

Münchner Straße ab Haus Nr. 123 und Ahornstraße. Dauer voraussichtlich bis Anfang September 2012.

Keltenweg bis Ecke Germanenweg (Zufahrt über Römerweg möglich). Dauer voraussichtlich bis Mitte August 2012.

Medienallee (Kreuzung Medienallee Rivastraße bis Medienallee 4) Dauer voraussichtlich bis Mitte Juli 2012.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: Az.: 631/33
3;2;0;1

Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim:

29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss des Gemeinderates vom 08.03.2012, Nr. 755, hingewiesen, in dem ausdrückliche Einwendungen und Hinweise im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderungsbereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen), der Gemeinde Aschheim vorgebracht wurden.

Der Bürgermeister gibt den Abwägungsbeschluss der Gemeinde Aschheim vom 26.04.2012 mit folgendem Inhalt bekannt:

- Die Größe der Gemeinde Aschheim beträgt 28,04km², die Gemeinde Unterföhring hat eine Fläche von 12,81km².
- Die Gemeinde Aschheim hat zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes von Anfang an deutlich gemacht, dass eine Ausweisung von Gewerbeflächen an der M3/B471/A99 nur für den erweiterten Bedarf von bereits in der Gemeinde Aschheim seit langem ansässigen Firmen vorgesehen werden soll; also im ersten Verfahrensschritt der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes zunächst nur vorläufige Flächendarstellung erfolgte. Inzwischen liegen konkrete Bedarfsangaben dieser Firmen vor.
- Der Änderungsbereich 1d südlich der M3, westlich der B471 und nördlich der A99 wird auf Grund von konkretem Handeln von aus München „vertriebenen“ Gärtnereien zur Vermeidung von Zersiedelung der freien Landschaft als Flächen für Anlagen zur gärtnerischen Nutzung (anstatt GE) festgesetzt.
- Im Bereich des regional beauftragten Kiesabbaugebietes Nordwest erfolgten im ersten Verfahrensschritt der 29. Flächennutzungsplanänderung – zu dem erst später erfolgten Kiesabbau und dessen Wiederverfüllung, also in 15 – 20 Jahren –

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Überlegungen zur späteren Nachfolgenutzung als evtl. interkommunales Gewerbegebiet Aschheim / Unterföhring.

- Sorgen bereitet der Gemeinde Aschheim der massive Verkehr aus dem sehr großen Gewerbegebiet (ca. 80ha) mit den vielen Beschäftigten (ca. 18.000) sowie dem Containerlager in Unterföhring, insbesondere auch wegen der leider immer noch vorhandenen unfallträchtigen und Stau erzeugenden Anbindung der M3 an die B471 bzw. A99. Die Gemeinde Unterföhring wird deshalb gebeten, ihre Gesamtplanungen einschließlich der Gewerbeflächen der Gemeinde Aschheim zu einer evtl. gemeinsamen Abstimmung zur Verfügung zu stellen.
- Erinnern darf die Gemeinde Aschheim die Gemeinde Unterföhring, dass die Gemeinde Unterföhring die M3 nicht als Privatstraße für das eigene Gewerbegebiet allein auf Unterföhringer Flur erstellt hat, sondern der Landkreis München auf den Gemarkungen Unterföhring und Aschheim. Die Gemeinde Aschheim hat also ebenfalls das Recht, auf ihrer Flur Gewerbeflächen an die Kreisstraße M3 anzubinden.
- Die Gemeinde Aschheim erachtet es derzeit als viel sinnvoller, sich gemeinsam für die dringend notwendige baldige Verbesserung des Anschlusses M3/B471/A99 einzusetzen, denn hier ist das Hauptverkehrsproblem.

Seitens der Gemeinde Aschheim wurden neue Änderungen in folgenden Bereichen vorgesehen:

Änderungsbereich 1

Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen

Änderungsbereich 1a

Keine neuen Änderungen.

Änderungsbereich 1b

Die Gewerbeausweisung wurde von 15,01ha auf 9,8ha reduziert.

Änderungsbereich 1c

Die Gewerbeausweisung wurde von 25,49ha auf 9,8ha reduziert. Die Grünfläche für Golf wurde stattdessen nach der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange von 19,57ha auf 34,26ha erhöht.

Änderungsbereich 1d

Die geplante Gewerbeausweisung wurde vollständig in Fläche für gärtnerische Nutzung geändert (4,24ha).

Änderungsbereich 2

Flächen für geothermische Anlagen

Keine neuen Änderungen.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 3

Nachrichtliche Übernahme der Verlegung der Anschlussstelle

Aschheim/Ismaning von der B471 an die Kreisstraße M3

Verringerung der landwirtschaftlichen Flächen zu Gunsten von Verkehrsbegleitgrün von 7,06ha auf 8,93ha (Verkehrsbegleitgrün und Hauptverkehrsstraße).

793 17 Beschluss: 17:0

Im Rahmen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vorgebracht:

Die Änderungen in Bereich 2 (Flächen für geothermische Anlagen) und in Bereich 3 (Nachrichtliche Übernahme der Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B471 an die Kreisstraße M3) werden befürwortet.

Zu den vorliegenden Änderungen im Bereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen) stehen seitens der Gemeinde Unterföhring nach wie vor erhebliche Bedenken entgegen, da die verkehrliche Hauptschließung, insbesondere im Änderungsbereich 1c, über das Gemeindegebiet Unterföhring, Kreisstraße M3, erfolgen soll und damit deren Leistungsfähigkeit als Ortsumfahrung deutlich beeinträchtigt. Damit wird die erreichte Entlastung der Ortsdurchfahrt von Unterföhring wieder zunichte gemacht.

Gegen die bisherige Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen selbstverständlich keine Einwände. Die Ausweisungen von konzentrierten Gewerbeflächen werden zwar von insgesamt ca. 450.000 m² auf ca. 200.000m² reduziert, dafür der Golfplatz von 19,57ha auf 34,26ha erweitert sowie Flächen für gewerbliche Gärtnereibetriebe mit einer Größe von 4,24ha ausgewiesen. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird dies aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt.

Eine Zu- und Abfahrt über die Gemeinde Unterföhring für autobahnorientiertes Gewerbe (Spedition, Logistik, usw.) lehnt der Gemeinderat nach wie vor entschieden ab.

Ebenso weist die Gemeinde Unterföhring auf den zeitlich nicht absehbaren aber dringendst notwendigen Neubau der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der Bundesstraße B471 zur Kreisstraße M3 hin.

Bezüglich des Schweinemaststalles fordert die Gemeinde Unterföhring weiterhin emissions- und immissionsrechtliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Az.: 6010
3.1

Vereinsanlegenheiten:

a) Weitergewährung Betriebskostenzuschuss für die Schützengesellschaft Immergrün e. V.

b) Anfragen verschiedener Vereine zur Abschiedsparty für die Gemeindehalle

a) Weitergewährung Betriebskostenzuschuss für die Schützengesellschaft Immergrün e. V.

Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 15.11.1991, Nr. 326, vom 10.02.1999, Nr. 533, vom 08.05.2003, Nr. 218 und vom 14.11.2007, Nr. 1021 wurde in Erinnerung gebracht, worin der Schützengesellschaft Immergrün e.V. ab 01.01.1992 ein jährlicher Zuschuss zu den Unterhaltskosten für den Sportbetrieb in Höhe von 75 % der Kosten für Wasser, Strom, Heizung, Kaminkehrer und Reinigung gewährt wurde (ab 1999 eine Pauschalzahlung in Höhe von 10.800 DM / ab 2003 eine Pauschalzahlung in Höhe von 5.500 € / ab 2008 eine Pauschalzahlung in Höhe von 10.000 €).

Der Vorsitzende schlägt vor, bis auf Widerruf, den pauschalen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10.000 € weiterhin zu gewähren.

794 17 Beschluss: 17:0

Der Gemeinderat beschließt, bis auf Widerruf, den pauschalen jährlichen Betriebskostenzuschuss für die Schützengesellschaft Immergrün Unterföhring e.V., in Höhe von 10.000 €, weiterhin zu gewähren.

Az.:
0.1; 2.1

Herr Wieprecht verlässt den
Sitzungssaal um 21.13 Uhr.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vereinsanlegenheiten:

a) Weitergewährung Betriebskostenzuschuss für die Schützengesellschaft Immergrün e. V.

b) Anfragen verschiedener Vereine zur Abschiedsparty für die Gemeindehalle

- 795 16 b) Anfragen verschiedener Vereine zur Abschiedsparty für die Gemeindehalle

Mit Beginn der Sommerferien 2012 soll die Gemeindehalle an der Münchner Straße abgebrochen werden.

Um dieser alten Halle abschließend zu würdigen, wurde von mehreren Seiten vorgeschlagen darin eine Abschiedsfeier zu veranstalten.

Bereits mit Email vom 08.11.2011 fragte Herr Markus Lang für die Rot-Weißen Föhringer an, um am Samstag, den 28.07.2012 eine solche Feier zu veranstalten. Das Interesse wurde durch eine Email vom 14.06.2012 erneut bekräftigt.

Auf die Anfrage zur Bemalung usw. der Fassaden im Rahmen anderer "Abschiedsveranstaltungen" wurde ebenfalls hingewiesen.

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt. Er soll, nach Vorlage eines Konzeptes durch die Veranstalter, dem Gremium in der Sitzung im Juli erneut vorgelegt werden.

Az.:
0.1; 3.1

Frau Fister verlässt den
Sitzungssaal um 21.23 Uhr und
kehrt nicht mehr zurück.

- 796 15 Kinderbetreuung in Unterföhring; weiteres Vorgehen

Nach derzeitiger Rechtslage wird ab dem 01.08.2013 ein gesetzlicher Anspruch in Kraft treten, der Eltern einen Betreuungsplatz auch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege garantiert (§ 24 Absatz 2 Kinderförderungsgesetz, KiföG).

Die Kommunen sind nach einer mit Bund und Ländern vereinbarten Zielvorgabe zunächst verpflichtet, eine Abdeckungsquote von 35 % zu erreichen.

Kindergartenbereich:

Im Kindergartenbereich besteht bereits ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in den entsprechenden Tageseinrichtungen. In Unterföhring

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

beträgt die Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen 100 %.

Zur Verfügung stehen insgesamt 464 Plätze in den Kindergärten ohne Integrationsgruppen. Im Kindergarten 2 sind 10 Integrationsplätze vorhanden, die die Gesamtplatzzahl (Regelplätze) um insgesamt 10 Plätze reduzieren (1 Integrationsplatz = 2 Regelplätze). Da bereits weitere 5 Integrationsplätze für das kommende Kindergartenjahr anerkannt sind (Abzug 5 weitere Plätze), reduzieren sich die Regelplätze auf insgesamt 449 Plätze.

Derzeit sind in den Einrichtungen insgesamt 409 Plätze belegt:

Kindergarten 1: 113 Plätze

Kindergarten 2: 79 Plätze (inkl. 10 Integrationsplätze)

Kindergarten 3: 50 Plätze

Kinderhaus: 167 Plätze

Von den Kindergärten werden voraussichtlich im Jahr 2013 insgesamt 120 Kinder in die Grundschule wechseln.

Damit stünden zum KiTa-Jahr 2013/2014 insgesamt 160 Plätze zur Verfügung (40 derzeit freie, 120 frei werdende).

Die Bedarfsanalyse hat ergeben, dass für das KiTa-Jahr 2013/2014 voraussichtlich folgender Kindergartenplatzbedarf besteht:

Kinder, die bis zum 31.12.2013 das 3. Lebensjahr vollendet haben und aus den Krippen in den Kindergarten wechseln:

max. 123 Kinder (inkl. aller Optionskinder, die noch ein weiteres Jahr in der Krippe bleiben könnten)

Zuzug bzw. Kinder, die nicht in einer Krippe betreut wurden:
ca. 50 Kinder

Damit ergibt sich ein Gesamtbedarf an Kindergartenplätzen von voraussichtlich etwa 175 Kindern.

Die zu erwartende Unterdeckung (160 Plätze stünden zur Verfügung) kann im Kinderhaus aufgefangen werden, indem eine der derzeit bestehenden beiden Krippengruppen in eine Kindergartengruppe umgewandelt wird (= 25 zusätzliche Plätze).

Dann stünden insgesamt 474 Plätze zur Verfügung, von denen voraussichtlich 464 besetzt wären.

Den gesetzlichen Vorgaben wäre Rechnung getragen.

Kinderkrippenbereich:

Zum Beginn des KiTa-Jahres 2012/2013 am 01.09.2012 werden in Unterföhring insgesamt 195 Krippenplätze zur Verfügung stehen:

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderkrippe 1: 18 Plätze (inkl. 3 Integrationsplätze)
Kinderkrippe 2: 60 Plätze
Kinderkrippe 3: 93 Plätze
Kinderhaus: 24 Plätze

Nach den Anmeldungen zum kommenden KiTa-Jahr werden nach
derzeitigem Stand ca. 34 Kinder, die bis zum 31.12.2012 das erste
Lebensjahr vollendet haben, keinen Krippenplatz erhalten.
Die Abdeckungsquote beträgt somit bei Kindern, die bis zum 31.12.2012 das
erste Lebensjahr vollenden werden, bereits heute ca. 85%.

Da die Bedarfsanalyse für den Kindergartenbereich ergeben hat, dass eine
der beiden Krippengruppen im Kinderhaus voraussichtlich aufgelöst werden
muss, gehen wir bei der weiteren Berechnung entsprechend von einer
Reduzierung der vorhandenen Krippenplätze ab dem Jahr 2013/2014 aus.

Insgesamt werden somit mit Beginn des Krippenjahres 2013/2014
voraussichtlich 183 Krippenplätze zur Verfügung stehen.

Die Bedarfsanalyse für das Krippenjahr 2013/2014 hat ergeben, dass
voraussichtlich folgender Krippenplatzbedarf ab August 2013 (Beginn
gesetzlicher Anspruch Krippenplatz) zu erwarten ist:

Kinder, die bis zum 31.12.2013 das erste Lebensjahr vollenden werden und
bisher nicht in einer Krippe untergebracht sind:

Geburtenzuwachs:	ca. 100 Kinder	
Zuzug:	ca. 50 Kinder	(abhängig von der Fertigstellung der Wohnbauprojekte und Zuzugsquote junger Familien)

Gesamt: ca. 150 Plätze (= Neuanfragen)

Nach derzeitigem Stand werden in den bestehenden Kinderkrippen zum
KiTa-Jahr 2013/2014 aufgrund des Wechsels der 3-jährigen Kinder in den
Kindergarten voraussichtlich folgende Plätze frei:

Kinderkrippe 1:	13	
Kinderkrippe 2:	24	(bis zu 27; bei 3 Kindern altersbedingt Verbleib in Krippe für ein weiteres Jahr möglich)
Kinderkrippe 3:	43	(bis zu 59; bei 16 Kindern altersbedingt Verbleib in Krippe für ein weiteres Jahr möglich)
Kinderhaus:	24	(12 Plätze fallen ggf. weg)

Damit werden voraussichtlich zum KiTa-Jahr 2013/2014 insgesamt
mindestens 92 Krippenplätze und maximal bis zu 111 Krippenplätze frei, die
dann neu vergeben werden können.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund des mit der Bedarfsanalyse ermittelten Platzbedarfs ergibt sich somit in 2013 / 2014 ein möglicher offener Bedarf von ca. 38 – 57 Plätzen bzw. ein rechnerischer Abdeckungsgrad von 76 % bzw. sogar 83 % bei frei werden aller denkbaren Krippenplätze.

Die im Hinblick auf den zum 01.08.2013 in Kraft tretenden gesetzlichen Anspruch vorgegebene Quote von derzeit 35 % Abdeckung wird auch im KiTa-Jahr 2013/2014 damit weit übertroffen.

Da es hinsichtlich des -als Ersatzleistung vorgesehenen- Betreuungsgeldes derzeit politische Diskussionen zu dessen Einführung gibt, bei einer Nichtabdeckung von 100 % aufgrund des gesetzlichen Anspruchs mit entsprechenden Klagen der nicht berücksichtigten Familien gerechnet wird, schlägt die Verwaltung vor zu prüfen, ob und wie eine Abdeckung von 100 % des zu erwartenden Bedarfs im Krippenbereich erreicht werden kann.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 4230
1; 2; 3

Herr Wieprecht kehrt um 21.25
Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Bekanntgaben und Anfragen

- Bayerische Bibliothekenstatistik - Bayerische Staatsbibliothek
Das Schreiben der Bayerischen Staatsbibliothek zur bayerischen Bibliothekenstatistik wurde bekanntgegeben. Die Entleihungen wurden im Vergleich zu den letzten Jahren um 29,4 % gesteigert.
- Inklusion in Schule und Bildung
Das Schreiben des Bayerischen Städtetags zur Inklusion in Schule und Bildung wurde bekanntgegeben.
- Mitteilung der Deutschen Funkturm GmbH (DFMG) über die Erweiterung einer Mobilfunkstation für die Telekom Deutschland GmbH auf dem Wohn- und Bürogebäude Münchner Straße 80 (Eigentümerin: Frau Anneliese Tieber, München)
Am 23.05.2012 erhielt die Gemeinde ein Schreiben der Deutschen Funkturm GmbH in dem mitgeteilt wurde, dass die bestehende Mobilfunkstation auf dem Wohn- und Bürogebäude Münchner Straße 80 erweitert wird. Mit den Bauarbeiten wird voraussichtlich in dieser Woche begonnen. Der Standort der Antenne ist ca. 80 m vom Schulhof entfernt.
Zur Standortwahl von Mobilfunkantennen folgender Hinweis:
Auf öffentlichen Gebäuden werden aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 08.03.2001 keine Mobilfunkstation

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

mehr errichtet.

Auf privaten Wohn- oder Bürogebäuden können Mobilfunkstationen errichtet werden, ohne dass die Kommunen dies verhindern können. Geregelt ist dies in Art. 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5a Bayerische Bauordnung (BayBO). Das Vorhaben ist genehmigungs- und nutzungsänderungsfrei.

- Pressemitteilung des Staatlichen Bauamtes Freising vom 31.05.2012: Staatsstraße 2088, Instandsetzung der Brücke über die Kreisstraße M3 im Zuge des Föhringer Rings in Unterföhring

Im Zuge der Instandsetzungsarbeiten der Brücke über die Kreisstraße M3 in Unterföhring wird eine Fahrbahnverschwenkung mit Einengung nötig. Während der gesamten Bauzeit ist die Auf- und Abfahrt auf bzw. von der Kreisstraße M3 für den gesamten Verkehr möglich. Ebenso bleiben alle Fahrbeziehungen während der Bauarbeiten erhalten. Die Durchfahrtshöhe unter der Brücke wird ebenfalls nicht eingeschränkt.

- Pressemitteilung des Staatlichen Bauamtes Freising vom 06.06.2012: Bundesstraße B 471, Garching - Feldkirchen

Verbreiterung der Brücke über die Max-von-Eyth-Straße bei Ismaning

Im Zuge der Erüchtigung des Knotenpunkts B 388/B 471 östlich von Ismaning ist eine Verbreiterung der Brücke über die Max-von-Eyth-Straße notwendig.

Die Befahrbarkeit des Knotenpunkts bleibt für alle Verkehrsteilnehmer während der Bauzeit erhalten. Lediglich für das Einheben von Fertigteilträgern muss in einer Nachtschicht an einem noch bekannt zu gebenden Wochenende die B 471 in diesem Bereich voll gesperrt werden.

Der Fußgängerverkehr auf dem westlichen Radweg bleibt von den Arbeiten unbeeinträchtigt.

Die gemeindliche Max-von-Eyth-Straße ist während der gesamten Arbeiten für die Durchfahrt gesperrt. Dem Anliegerverkehr der angrenzenden Industriebetriebe wird bis zum Bauwerk eine Anfahrt ermöglicht. Aus dem Industriegebiet kommend, ist eine Auffahrt zur B 471 in Richtung Feldkirchen über die Osterfeldstraße möglich; in Richtung Garching über die St 2053/Freisinger Straße durch Ismaning.

- 8. Griechisch-Bayerischer Kulturtag am Odeonsplatz
Am Sonntag, den 25.06.2012 findet der 8. Griechisch-Bayerische Kulturtag in München am Odeonsplatz statt. Die Gemeinde Unterföhring wird auch mit einem Stand vertreten sein.

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats

- Von Herrn Unterstein wird angefragt, wie lange die Wertstoff-Container noch eingezäunt bleiben.
 - Herr Kapfenberger erläutert noch einmal kurz den Sachstand und verweist auf die bisherigen Sachberichte im Gemeinderat.

52. Sitzung des Gemeinderates am 20.06.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Herr Weingärtner erinnert an den Besuch der Senioren aus Tarcento am Wochenende 14. und 15.07.2012. Er lädt alle Mitglieder des Gemeinderats herzlich zur Teilnahme ein.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats gestellt werden, dankt der Vorsitzende den Mitgliedern des Gemeinderats sowie den anwesenden Vertretern der Presse und der Verwaltung für ihre Teilnahme und schließt die öffentliche Sitzung um 21.33 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer